



© First Hand Films

## 2021: DAS JAHR DER FRAUENRECHTE

50 Jahre Frauenstimmrecht, Abstimmung über die Anti-Burka-Initiative, Revision des Sexualstrafrechts, zweiter Jahrestag des Frauenstreiks, Frauensession im Bundesparlament... 2021 ist für die Schweiz und Amnesty International definitiv das Jahr der Frauen!

«Das 21. Jahrhundert muss das Jahrhundert der Gleichberechtigung von Frauen sein», sagte Uno-Generalsekretär António Guterres zum Weltfrauentag 2020. In der Schweiz ist bereits 2021 ein Jahr im Zeichen der Frauenrechte: Es begann mit dem Jubiläum der Einführung des Frauenstimmrechts am 7. Februar 1971.

**FILMISCHE ERINNERUNGEN** | Stéphane Goëls Dokumentarfilm «Von der Küche ins Parlament» erzählt mit Humor vom steinigen Weg, den vier Generationen von Politikerinnen und Aktivistinnen zurücklegen mussten, um die männliche Wählerschaft davon zu überzeugen, Frauen endlich das Recht auf politische Mitbestimmung zu gewähren. Als Partnerin des Films wird Amnesty International bei den Vorpremierer in mehreren Schweizer Städten dabei sein, voraussichtlich um den 14. Juni (genaue Daten werden noch bekannt gegeben).

Mit «Burning Memories» kommt ein ebenso eindrücklicher Dokumentarfilm von Alice Schmid in die Kinos. Er startet voraussichtlich bereits im März. Die Regisseurin arbeitet in dem Film ihre eigene Geschichte auf: Als 70-Jährige erinnert sie sich nach Dekaden der Verdrängung daran, dass ihr Schwimmlehrer sie in ihrer Jugend vergewaltigt hat. (Mehr dazu im Interview mit Alice Schmid auf S. 32.)

**APPELL WEITER TRAGEN** | Wie kann das Strafgesetz Opfern von nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen besser gerecht werden? Das ist die entscheidende Frage, um die sich die Vernehmlassung dreht, die im Februar begann. Sie wird auch in der zweiten Jahreshälfte in der parlamentarischen Debatte eine wichtige Rolle spielen. Im Zuge der im Mai 2019 gestarteten Kampagne gegen sexuelle Gewalt wird sich Amnesty dafür einsetzen, dass im Schweizer

Strafgesetzbuch endlich jede sexuelle Handlung, die ohne Zustimmung einer Person stattgefunden hat, als Vergewaltigung anerkannt wird.

Das Engagement unserer Aktivist\*innen im Verlauf dieses Jahres wird entscheidend sein. Ausserdem setzen wir auf die Unterstützung unserer Forderungen durch die über 70 Organisationen und 190 Persönlichkeiten, die unseren «Appell für ein zeitgemässes Sexualstrafrecht» unterschrieben haben. So können wir gemeinsam das Schweizer Parlament davon überzeugen, endlich dem Beispiel von zwölf europäischen Ländern zu folgen. Diese anerkennen bereits, was in der Istanbul-Konvention festgehalten ist: Die fehlende Zustimmung des Opfers und nicht die Ausübung von Zwang ist das zentrale Element, wenn es darum geht, einen Geschlechtsverkehr als Vergewaltigung anzuerkennen.

Gerne laden wir Sie zu einer Aktion am 8. März ein, zum Internationalen Tag der Frauenrechte: Unterstützen Sie uns dabei, unsere Botschaft an die Schweizer Gesetzgeber\*innen sichtbar zu machen: «Nur ein Ja ist ein Ja. Sex ohne Zustimmung ist Vergewaltigung.» Sei es als Projektion auf ein Gebäude, mit Kreide auf den Boden geschrieben, auf Ihren Körper gemalt oder als Schild bei Ihnen zu Hause. Teilen Sie die Fotos Ihrer Aktion in den sozialen Medien mit den Hashtags #LetsTalkAboutYes und #StoppSexuelleGewalt.

Machen wir das Jahr 2021 zu einem entscheidenden Jahr für die Frauenrechte! Aktionsmöglichkeiten finden Sie unter [extranet.amnesty.ch/frauenrechte](http://extranet.amnesty.ch/frauenrechte).

Cyrielle Huguenot

## 7. MÄRZ: NEIN ZUR INITIATIVE FÜR EIN VERHÜLLUNGSVERBOT

Das Egerkinger Komitee legt der Schweizer Stimmbevölkerung einmal mehr eine Initiative vor, die die Menschenrechte verletzt. Amnesty International lehnt die Vorlage klar ab. Die Abstimmungskampagne stigmatisiert die muslimische Minderheit in der Schweiz und schürt islamfeindliche Tendenzen. Anstatt vollverschleierte Frauen in ihrem Streben nach Emanzipation zu unterstützen, diskriminiert und marginalisiert die Initiative diese Frauen. Wir laden Sie ein, uns in den sozialen Netzwerken zu folgen und unsere Argumente zu verbreiten. Falls Sie es nicht bereits getan haben: Stimmen Sie am 7. März Nein zu dieser diskriminierenden Initiative! Unsere Argumente finden Sie auf [amnesty.ch/burka-initiative](http://amnesty.ch/burka-initiative).



## EIN GROSSES DANKESCHÖN

Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung sagte am 29. November 2020 Ja zur Konzernverantwortungsinitiative, doch das Ständemehr wurde leider verfehlt. Für den enormen Einsatz für diese Abstimmungskampagne danken wir allen Aktivist\*innen ganz herzlich. Wir nehmen nun die Konzerne beim Wort, die betont haben, sie würden Menschenrechte und Umwelt achten.



© Ali Jarrar/Amnesty International

# GUANTÁNAMO DEN ALBTRAUM BEENDEN

Seit 19 Jahren besteht das Gefangenenlager Guantánamo. Appellieren Sie an US-Präsident Biden, das Lager endlich zu schliessen.

Im Januar 2002 haben die USA auf dem Militärstützpunkt Guantánamo Bay ein Gefangenenlager eingerichtet. Noch immer werden dort 40 Menschen festgehalten. Keiner der Inhaftierten hat ein faires Verfahren erhalten, viele wurden mit dem Segen der US-Regierung gefoltert.

Obwohl fünf der Gefangenen längst für eine Überstellung aufs Festland oder in andere Länder freigegeben wurden, sitzen sie weiterhin in Guantánamo ein. So zum Beispiel Toffiq al-Bihani: Der jemenitische Staatsbürger wurde 2002 in einer CIA-Ein-

richtung festgehalten und gefoltert, 2003 brachte man ihn nach Guantánamo. Bis heute gab es weder eine Anklage noch ein Verfahren gegen ihn. Seit 2010 wartet er auf seinen Transfer aus Guantánamo heraus.

Amnesty International fordert, dass die Inhaftierten entweder freigelassen werden, wenn nichts gegen sie vorliegt, oder dass sie einen fairen Prozess erhalten.

Unter Präsident Biden können die USA einen neuen Anlauf nehmen, um endlich für Gerechtigkeit zu sorgen.

Carole Scheidegger

## NEIN ZUM WILLKÜR-GESETZ!

Elektronische Fussfesseln für 12-jährige Kinder? Hausarrest für 15-Jährige? Zwangsmassnahmen gegen Personen, nur weil die Polizei annimmt, diese könnten in der Zukunft gefährlich werden? Genau das sieht in der Schweiz das neue Polizeigesetz gegen Terrorismus (PMT) vor, das im September 2020 vom Parlament verabschiedet wurde. Amnesty International hat dieses Willkür-Gesetz scharf bekämpft und konnte viel Unterstützung gewinnen: Menschenrechtsexpert\*innen der Uno, des Europarats und über 60 Rechtsprofessor\*innen in der Schweiz. Diverse Jungparteien und Organisationen haben 140000 Unterschriften (!) für das Referendum gesammelt, deshalb können die Stimmberechtigten voraussichtlich am 13. Juni darüber abstimmen. Amnesty sagt Nein zum Willkür-Gesetz!

Mehr Infos: [amnesty.ch/polizeigesetz](https://amnesty.ch/polizeigesetz)



## PETITION

### HAFTANSTALT GUANTÁNAMO SCHLIESSEN

#### An US-Präsident Joe Biden

Im Gefangenenlager auf dem US-Militärstützpunkt Guantánamo Bay werden 19 Jahre nach der Eröffnung noch immer 40 Männer festgehalten – viele von ihnen ohne Anklage und ohne faires Verfahren. Die Inhaftierten waren und

sind dort gravierenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Ich fordere Sie dazu auf,

- die Haftanstalt Guantánamo endgültig zu schliessen;

- alle zum Transfer freigegebenen Inhaftierten in ein Land zu überweisen, wo ihre Menschenrechte respektiert werden.

Name

Vorname

Adresse

Unterschrift

1

2

3

4

5